

Linksextreme Ausschreitungen

Armutzeugnis

Von Henning Hoffgaard

Mit traurigen Augen schaut der etwa fünfjährige Junge seinen Vater an. Er muß seinen Luftballon abgeben. Er kann nicht mehr damit spielen. Der Grund: das AfD-Logo darauf. Die Familie konnte das Risiko nicht eingehen, in Stuttgart von Linksextremisten angegriffen zu werden. Für die Besucher des Parteitages ging Sicherheit vor.

Daß die verharmlosend als „Antifa“ bezeichneten Schlägertrupps keine Hemmungen kennen, hatten sie wenige Stunden zuvor deutlich gemacht. AfD-Anhänger und Journalisten wurden auf dem Weg zum Parteitag bedrängt, geschlagen und bespuckt. Daß es nicht zum Schlimmsten kam, war dem massiven Polizeiaufgebot zu verdanken: Wasserwerfer, Stacheldraht, Räumpanzer und Hunderte Polizisten. Gerade Wasserwerfer sind im Land der Stuttgart-21-Auseinandersetzungen eigentlich tabu. Ihre Anwesenheit war also ein Signal.

Doch nicht nur in Stuttgart hat die Linksaußen-Szene gezeigt, wer die Demokratie wirklich bedroht. Die 1.-Mai-Ausschreitungen in Hamburg, Berlin und anderen Städten haben das Gewaltpotential der Szene deutlich gemacht. Flaschenwürfe auf Polizisten, Böllerattacken, Menschenjagd. Und das nicht nur an einem Tag im Jahr. Längst ist der linksextreme Terror Alltag. Wenn jetzt nicht gnadenlos durchgegriffen wird, gehören Räumpanzer und Stacheldraht zum Alltag. Es wäre ein Armutzeugnis für dieses Land.

500-Euro-Noten sollen eingezogen werden

Gläserne Bürger

Von Dirk Meyer

Jeder wußte, daß es Osama bin Laden gab, aber keiner hat ihn je gesehen. Was einst auf den Al-Qaida-Terroristen zutraf, gilt auch für die 500-Euro-Note. Denn etwa die Hälfte dieser rund 600 Millionen Scheine, also knapp 30 Prozent des gesamten Euro-Bargelds, werden als „Matrazengeld“ vornehmlich in Osteuropa, der Türkei, dem Nahen Osten und in Lateinamerika zur Wertaufbewahrung und als Inflationsschutz genutzt. Am 4. Mai ist das Ende besiegelt. Allerdings: „Es gibt da noch Fragen, wie man eine Entscheidung am besten durchsetzt und wie man das kommuniziert“, so EZB-Präsident Draghi. Und was liegt – siehe Bin Laden – näher, als an den Kampf gegen das organisierte Verbrechen zu denken: Geldwäsche, Drogenhandel, Terrorfinanzierung.

Doch statistische Belege für deren Rückgang bei geringerer Bargeldnutzung gibt es selbst nach Aussagen von Bundesbank und EZB nicht. Vielmehr steigen die Hortungskosten bei Negativzins und drohenden Bankenrisiken bei 200-Euro-Scheinen um das Zweieinhalbfache. Die Abschaffung der 500-Euro-Banknote, Bargeldbeschränkungen auf 5.000 Euro und die Bargeldabschaffung erscheinen damit als eine logische Kette hin zum gläsernen Bürger unter Kontrolle von Staat und EZB.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ordnungsökonomik an der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr Hamburg.

Gutachten zu Stasi-Verstrickung veröffentlicht

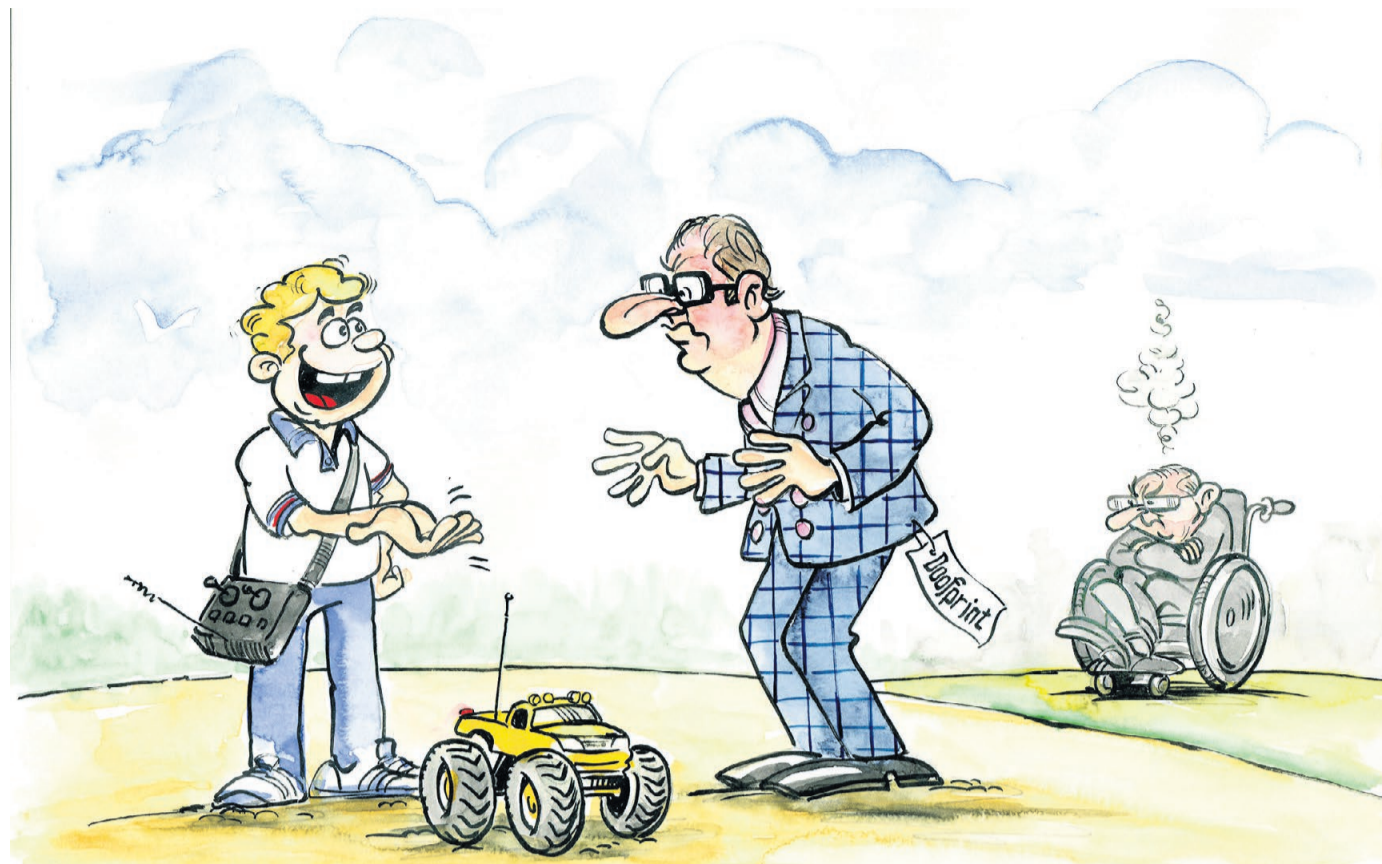
Kahanes Ausflucht

Von Thorsten Hinz

Der gutachterliche Befund, die Chefin der Amadeu-Antonio-Stiftung Anetta Kahane habe mit ihren Stasi-Spitzeldiensten zwischen 1974 und 1982 niemandem geschadet als sich selbst, weil sie mit der Aufkündigung ihren Status als Reisekader verloren habe, kann als Gefälligkeit verbucht werden.

Denn Bürger aus der Ex-DDR haben schon aus geringeren Anlässen ihre Arbeit verloren und sind durch die mediale Gosse geschleift worden. Die Argumentation ist außerdem verquer. Die Bestimmung zum Reisekader im relativ jungen Alter – Kahane ist Jahrgang 1954 – setzte neben Linientreue ein besonderes Engagement voraus. Bei Frau Kahane bestand es in der Spitzelei. Diejenigen, die lieber ganz auf Westreisen verzichteten, als der Stasi zuzuarbeiten, müßten sich nach der Gutachter-Logik eingestehen, daß das, was sie für Anstand hielten, bloß Naivität und Dummheit war.

Das wäre kaum mehr erwähnenswert, würde Frau Kahane nicht erneut in einem – wie man in der DDR sagte – sensiblen Bereich tätig sein und ihrer Lust an der Überwachung anderer frönen. Ihr Verein leistet informelle Amtshilfe beim Aufspüren sogenannter Haßpropaganda im Netz. Was sagt es über das vereinte Deutschland aus, daß es auf die politisch-ideologische Zuarbeit dieser Frau nicht verzichten mag?



Staatliche Prämie für Elektroautos: „... dann mal her mit der Kohle, Onkel Minister!“

Konkurrenz belebt

Reformen: Wo eine politische Alternative ist, gibt es auch einen Weg zur Veränderung

Ungewohnte Geschäftigkeit macht sich in der Großen Koalition bemerkbar. Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) legt unverhofft einen Gesetzesentwurf vor, der dem innereuropäischen Sozialtourismus nach Deutschland einen Riegel vorschoben soll: Arbeitslose EU-Bürger, die in Deutschland nicht gearbeitet haben, sollen künftig fünf Jahre lang von Sozialhilfe und Hartz-IV-Leistungen ausgeschlossen sein. Vorher soll der „verfestigte Aufenthalt“ nicht greifen, den ein Urteil des Kasseler Sozialgerichts zuletzt schon spätestens nach sechsmonatigem Aufenthalt feststellen wollte.

Fast zeitgleich spricht sich Unions-Fraktionschef Volker Kauder (CDU), der vor wenigen Jahren noch zum Bau weiterer Moscheen aufrief, für deren staatliche Kontrolle aus – dort werde so manches gepredigt, was „mit dem deutschen Staatsverständnis nicht vereinbar“ sei. Unter dem Beifall der CSU, deren Generalsekretär Andreas Scheuer mit der Forderung auftrumpft, Imame darauf zu verpflichten, auf deutsch zu predigen, um aufhetzerische Reden und Propaganda zu erschweren.

Hauptleidtragenden der Risiken und Nebenwirkungen der Einwanderung in die Sozialsysteme gehört, die sie mit ihren Steuergeldern finanzieren darf, während sie gleichzeitig die härter werdende Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt zu spüren bekommt. Da kann sich dann auf einmal auch eine SPD-Bundesministerin erlauben, das Geschrei vom „Sozialabbau“ der grünlinken Opposition zu überlassen.

Noch bedrohlicher hängt das Damoklesschwert der AfD-Wahlerfolge über den Unionsparteien. Zwar sind die Vorschläge Kauders und Scheuers ein gutes Stück Alibi politik: Einzelne radikale Moscheegemeinden hat der Verfassungsschutz ja schon im Visier, wie Bundesinnenminister de Maizière sogleich pikiert anmerkte, und die Überlegungen des CSU-Generalsekre-

Deutschlands Großkoalitionäre scheinen sich nur schwer von dem Glauben zu lösen, der Aufstieg der AfD sei ein vorübergehendes Phänomen, das wieder verschwinden werde, wenn man ein bißchen Handlungsfähigkeit und Entschlossenheit demonstriere und die Asylkrise wenn schon nicht löse, so doch unter dem Eindruck sinkender Zahlen für demnächst gelöst erkläre.

Das könnte sich schon bald als Fehlalkulation erweisen. Der Protest gegen die Merkelsche Asylpolitik ist nur ein Anlaß, an dem die tiefgreifende Vertrauenskrise des politischen Establishments akut geworden ist. Diffamierung, Denunzierung und Ausgrenzung der Kritiker heizen diese Vertrauenskrise eher noch an; taktisches Entgegenkommen allein kann sie freilich ebensowenig aus der Welt schaffen.

Das Zeitfenster für eine echte Politikwende wird für die etablierten politischen Kräfte immer enger. Wer zu spät kommt, den bestraft der Wähler. Daß Österreichs Bundeskanzler Werner Faymann vom getreuen Merkel-Gefolgsmann zu einem der schärfsten Kritiker der „Willkommens“-Kanzlerin wurde, hat seiner Partei die Blamage des FPÖ-Erdrutschsieg in der ersten Runde der Bundespräsidentenwahl nicht ersparen können.

Trotzdem geht die rot-schwarze Regierung in Wien weiter auf FPÖ-Kurs, von der Sperrung der Grenzen über die Entsendung von Soldaten zu ihrem Schutz bis zur jüngsten Verschärfung des Asylrechts. Ein weiteres Indiz dafür, was alles möglich ist, wenn erstarrete Machtstrukturen ernsthaft Konkurrenz bekommen und fürchten müssen, daß die Abkehr vom erzwungenen Kurswechsel sich für sie noch verheerender auswirken könnte.

Schon orakelt der Spiegel, die AfD könnte Deutschland ähnlich tiefgreifend verändern wie weiland die Grünen, und rät der Kanzlerin, abzutreten und für einen „ausgewiesenen Konservativen“ Platz zu machen, damit die Alt-Volksparteien die Entwicklung doch noch einmal einfangen könnten. Der Umbau der Achtundsechziger-Republik kann beginnen.



VON MICHAEL PAULWITZ

»Die AfD könnte Deutschland ähnlich tiefgreifend verändern wie weiland die Grünen.«

Keiner dieser Vorschläge kommt von ungefähr. Die Möglichkeit einer Sozialhilfesperr für EU-Zuwanderer hat der britische Premier David Cameron in seinen Verhandlungen mit der EU über ein Reformpaket herausgeschlagen, um gegenüber den Befürwortern eines britischen EU-Austritts mit Maßnahmen gegen eine besonders groteske Nebenwirkung der EU-Personenfreizügigkeit punkten zu können. Deutschland profitiert hier also vom britischen Verhandlungsgeschick.

Daß die Regelung so zügig übernommen wurde und bei der von Cameron ausgehandelten Wartezeit für den Sozialhilfebezug sogar noch ein Jahr draufgeschlagen wurde, hat jedoch noch andere Gründe. Der SPD heizen nämlich nicht nur die eigenen Bürgermeister ein, deren Haushalte durch ausufernde Sozialleistungsansprüche schon jetzt bis jenseits der Schmerzgrenze strapaziert werden.

Auch die AfD sitzt der SPD im Nacken, deren einstige Wählerklientel zu den

Aufgeschnappt

Rette sich, wer kann!

MATTHIAS BÄKERMANN

Seit 1755 gibt es in Erlangen die Bergkirchweih. Alljährlich um Pfingsten herum ringen an zwölf Tagen knapp eine Million Besucher um die 11.000 Biergartenplätze rund um den Hang des Burgbergs nördlich der Altstadt, wo der Hopfensaft in Strömen fließt. Endlich, nach 261 Jahren dürfen sich aber nun Frauen erstmals richtig sicher fühlen, denn die Stadt richtet für 22.000 Euro vier „Rettungsinseln“ ein, wohin sich Frauen flüchten können, die Opfer sexueller Übergriffe geworden sind oder sich bedroht fühlen. „Die Aktion soll auch eine präventive Funktion haben“, stellte Erlan-

gens Gleichstellungsbeauftragte Cornelia Höschle vergangenen Freitag in den Nürnberger Nachrichten klar.

Überall werben nun Plakate in der fränkischen Hugenottenstadt für die „Rettungsinseln“: „Spaß haben! Keinen Ärger, keine sexuelle Gewalt am Berg“ heißt es darin. Daneben hält das Piktogramm einer Dirndlfräule ihren Peiniger „eine Armlänge“ auf Abstand. Damit jedoch keinerlei Assoziation zu den Silvester-Übergriffen junger Migranten in Köln oder früheren Vergewaltigungen von „Südländern“ in Erlangen entstehen, warnen die Aufrufe vor authentischen potentiellen Sextätern: Der illustrativ symbolisierte Lüstling trägt deshalb eine zünftige Trachtenlederhose.

Bild der Woche

Es grünt



Kirschen blühen: Der Frühling ist da und noch bis zum Wochenende geht das traditionelle Baumbüttenfest in Werder an der Havel, eines der größten Volksfeste in Deutschland.

Lesereinspruch

Widersprüchlich

Zu: „Schengen-Grenzkontrollen viel billiger als Massenzuwanderung / Gesunder Menschenverstand“ von Jörg Fischer (JF 17/16)

Mir scheint, das Wirtschaftsverständnis der JF leidet unter einem Jekyll-und-Hyde-Syndrom. Während ein ausgewiesener Fachmann wie Thorsten Polleit, Präsident des Ludwig von Mises Instituts Deutschland, direkt über diesem Kommentar das Wort führt, kommt die Ideenwelt des darunter befindlichen Meinungsbeitrags von Jörg Fischer offenbar aus der genau gegenteiligen Welt, in welcher der Staat alles zu regeln hat, und die – sarkastisch betrachtet – unter der, an der berechtigten Mitscherlich-These angelehnten Überschrift „Die Unfähigkeit zu mauern“ stehen könnte.

Denn viel effizienter und humaner als eine wirkliche „Grenzsicherung“, die ja nur durch unüberwindbare Mauern

oder himmelhohe Grenzzäune zu haben wäre, ist doch ein freihändlerisches Wirtschaftsverständnis. Wichtiger wäre es, die bislang voraussetzungslos gezahlten Sozialleistungen für die nach Deutschland strömenden Menschenmassen abzuschaffen. Die Flüchtlinge werden nicht in Flüchtlingsunterkünften integriert, sondern durch Arbeit, die zugleich unsere Sozialsysteme entlastet.

VOLKER WEITERT, MÜNCHEN



Ihre Leserbriefe senden Sie an:
JUNGE FREIHEIT Leserforum
Hohenzollerndamm 27 a,
10713 Berlin
E-Mail: leserbriefe@jungefreiheit.de
Fax: 030/8649 53-14

Zitate

„Ökonomen warnen vor Gefahren, die andere noch nicht erkennen. Von einem Arzt erwarten Sie auch, daß er nach einem Bluttest auf die Gefahren hinweist. In der Medizin und in der Volkswirtschaftslehre gehört der Alarm zum Wesen des Fachs.“

Hans-Werner Sinn, früherer Präsident des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, in der „taz“ vom 29. April 2016

„Wo die Meinung nur im verborgenen gesagt wird, verkümmert die Demokratie. Die parlamentarische Politik – Politik als Richtungsbestimmung – ist dann keine öffentliche Sache mehr. Parlamentarier sind keine Parlamentsangestellten, die sich auch nicht so behandeln lassen dürfen. (...) Es gibt viel Positives in unserem Land. Aber die Entwicklung dessen, was man Demokratie und Gewaltenteilung nennt, ist besorgniserregend.“

Peter Gauweiler, ehemaliger CSU-Vize und Ex-Bundestagsabgeordneter, im „Focus“ vom 30. April 2016

„Multikulti ist eine schlechte Idee, weil sie das Nebeneinander von verschiedenen Kulturen legitimiert. Niemand soll seine Identität aufgeben. Aber wenn man in die Öffentlichkeit geht, dann ist man nur erfolgreich, wenn man die lokalen Regeln kennt. In Deutschland gibt es jedoch einen starken Willen zu politischer Korrektheit, und es fehlt der Wille, die Bedeutung von kultureller Anpassung zu akzeptieren.“

Ruud Koopmans, Soziologe, in der „FAZ“ vom 29. April 2016

„In der Politik genügt es nicht, gut verkaufen zu können. Man muß eine Überzeugung haben und die dann verkaufen können. Da gibt's einen gewissen Mangel an Personal.“

Josef Hader, Kabarettist, im „SZ-Magazin“ vom 29. April 2016

„Gerade in Zeiten wie diesen ist es nötig, an dem gemeinsamen Ziel einer sozialen Revolution zu arbeiten. (...) Es wäre auch wichtig, klarzumachen, daß die Geflüchteten Boten der Systemfrage sind.“

Katja Kipping, Co-Vorsitzende der Linkspartei, in „konkret“, Ausgabe Mai 2016

„Was unsere Politiker (mit abnehmendem Enthusiasmus) begrüßen, wird das Land mitnichten wettbewerbsfähiger machen – bunter vielleicht, wenn man blaue Flecken dazurechnet. Die unregelmäßige Migration ersetzt keine einzige Veränderung, die das Land tatsächlich braucht, von der 2005 im Wahlprogramm von Angela Merkel versprochenen Steuerreform bis zu einer Rentenreform, die der Tatsache Rechnung trägt, daß Menschen bei anhaltendem Leistungsvermögen immer älter werden. Also ja: Wir brauchen Veränderungen. Aber brauchen wir welche, die an die Substanz gehen? Es gibt sie, die Deutschen mit dem notorischen Selbsthaß, die das begrüßen würden. Soll sich Deutschland doch abschaffen – dann gibt es ein Problem weniger. Wirklich? Es ist ein Mißverständnis der deutschen Geschichte, das Land auf das dreckige Dutzend Jahre von 1933 bis 1945 zu reduzieren. Und fragen wir doch einfach einmal die Nachbarn, was sie von einem destabilisierten Deutschland mitten in Europa halten. Wäre das bunt und wettloft? Oder einfach nur brandgefährlich?“

Cora Stephan, Schriftstellerin, in der „NZZ“ vom 2. Mai 2016